

## Parlamentarischer Vorstoss

2025/242

---

Geschäftstyp:	Interpellation
Titel:	<b>Schutz der jüdischen Gemeinschaft und jüdischer Menschen: Wie bringt sich Baselland ein?</b>
Urheber/in:	Marc Schinzel
Zuständig:	—
Mitunterzeichnet von:	—
Eingereicht am:	22. Mai 2025
Dringlichkeit:	—

---

Die jüdische Gemeinschaft steht unter Druck wie seit langem nicht mehr. Der Antisemitismus hat massiv zugenommen. Laut dem vom Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund (SIG) am 18. März 2025 publizierten Antisemitismusbericht 2024 verfestigt sich der Antisemitismus «auf einem beispiellos hohen Niveau» (<https://swissjews.ch/de/news/antisemitismusbericht2024>). Judenhass findet nicht mehr nur in der Anonymität sozialer Medien statt. Er wird auf der Strasse und im Internet ganz offen gezeigt und ausgelebt. Jüdinnen und Juden werden beschimpft, bespuckt und tätlich angegriffen. 2024 wurden Juden geschlagen, und es gab einen Tötungsversuch auf offener Strasse in Zürich. Dort kam es auch zu einem Brandanschlag auf eine Synagoge. In Basel sagt die Polizei, sie könne Demonstrationen gegen Judenhass und Antisemitismus nur noch als Standkundgebungen vor Ort schützen, obwohl die Teilnehmenden alle erforderlichen Bewilligungen einholen und absolut friedlich auftreten. Das ist letztlich das bedenkliche Eingeständnis, dass diejenigen, die Juden angreifen, stärker sind als die Staatsmacht. Jüdinnen und Juden getrauen sich nicht mehr, auf der Strasse jüdische Kleidung und Symbole zu tragen, die ihre Religionszugehörigkeit erkennbar machen. Ihr Sicherheitsgefühl hat sich markant verschlechtert. Juden werden zunehmend aus dem öffentlichen Raum verdrängt. Sie überlegen sich, nach Israel auszuwandern. Diese Entwicklung ist völlig inakzeptabel und darf von den Behörden und der Gesellschaft nicht hingenommen werden.

Ich bitte den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Was tut der Kanton Basel-Landschaft, um der geschilderten, gefährlichen und inakzeptablen Entwicklung entgegenzuwirken?
  2. Wie bringt sich der Kanton ein, vor allem auch im Rahmen der Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Stadt?
  3. Der Kanton Basel-Landschaft ist Mitträger des Runden Tisches der Religionen beider Basel. Er partizipiert daran mit dem/der Integrationsbeauftragten. Ist der Runde Tisch genügend gut aufgestellt, um sich dem grassierenden Antisemitismus mit klaren Botschaften und Massnahmen entgegenzustellen?
-

4. Beteiligt sich der Kanton Basel-Landschaft an den zunehmenden Kosten, die hier lebende Jüdinnen und Juden und hiesige jüdische Einrichtungen für die Gewährleistung ihrer Sicherheit aufbringen müssen und die den Bundesrat bewogen haben, am 9. Oktober 2019 die Verordnung über Massnahmen zur Unterstützung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen (SR 311.039.6) zu erlassen?

Ich danke der Regierung für die Beantwortung meiner Fragen.